

Meinungsöffentlichkeiten

Ein Idealtypus aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten

*Behzad Förstl**

Schlüsselwörter: Öffentlichkeit, Meinung, Konsens, Diskurs, Spätmoderne, Medien, Zustimmung, Filterblasen, Aufmerksamkeit

Abstract: In den vergangenen Jahren hat sich ein Wandel der Öffentlichkeit vollzogen. Das Gros der Literatur führt diesen erneuten Strukturwandel auf die Verbreitung der sozialen Medien im Alltag zurück: Weil es einen Wandel der Medien gegeben hat, habe sich ein Strukturwandel der Öffentlichkeit eingestellt. Der vorliegende Artikel hingegen führt Veränderungen aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten auf veränderte gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen, die mit dem Begriff ‚Spätmoderne‘ zusammengefasst werden können, zurück. Vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Wandels von der Logik des Allgemeinen zur Logik der Singularitäten wird ein Idealtypus von Öffentlichkeiten in der Spätmoderne als Meinungsöffentlichkeiten vorgeschlagen. Aktuell praktizierte Formen von Öffentlichkeiten bilden sich nicht entlang von Themen oder Problemen, sondern entlang von Meinungen. Mit dieser Einsicht ergeben sich neue Perspektiven auf vieldiskutierte Aspekte, wie etwa Filterblasen oder Echokammern, sodass letztlich von einem Formwandel und nicht von einem Strukturwandel der Öffentlichkeiten in der Spätmoderne gesprochen werden muss.

Abstract: The public sphere has undergone a transformation in recent years. The vast body of literature attributes this latest structural transformation to the proliferation of social media in everyday life: since there has been a change in the media, there has been a structural transformation of the public sphere. This article, however, attributes the changes in currently practiced forms of the public sphere to altered broader social frameworks, which can subsumed under the term ‘late modernity’. Against the background of a social shift from the *Logik des Allgemeinen* to the *Logik der Singularitäten*, it is proposed to understand today’s public spheres as opinion publics: Currently practiced forms of public spheres are no longer formed along the lines of topics or issues, but rather along the lines of opinions. This insight opens up new perspectives on much-discussed aspects, such as filter bubbles or echo chambers, so that we must ultimately speak of a change in form rather than a change in structure of public spheres in late modernity.

* Dr. Behzad Förstl, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Kontakt: behzad.foerstl@b-b-e.de

1. Einleitung

Der Befund scheint eindeutig: Im Zuge der Proliferation sozialer Medien als Manifestation digitaler Technologien im heutigen Alltag hat sich ein Wandel der Öffentlichkeit eingestellt. Dieser Wandel äußert sich beispielsweise im Verschwinden der Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit (vgl. Plake et al. 2001; Meyorwitz 2002; Weiß 2002), oder der Fragmentierung der Öffentlichkeit (vgl. Perlot 2008: 14 ff.). Vor diesem Hintergrund ist ein „neuer Strukturwandel“ (Ritzi 2014: 209) der Öffentlichkeit festzustellen, der ein „übergreifendes Beschreibungsangebot für die digitalisierungsbedingten Transformationen im Hinblick auf Pluralisierung, Fragmentierung, Distribution, Varianz und Fluidität“ (Ingold 2017: 525) notwendig macht.

Der Einsicht, dass es in Anbetracht dieses abermaligen Strukturwandels einer neuen Beschreibung von Öffentlichkeit bedarf, kann schwerlich widersprochen werden. Seit Jahrzehnten dominiert die Habermas'sche Konzeption von Öffentlichkeit sowohl als normatives Ideal als auch empirisch-analytisches Modell in der einen oder anderen Interpretation die Debatten um aktuell praktizierte Formen von Öffentlichkeiten. Derweil ist eine der offensichtlichsten Erkenntnisse aus Habermas' *Strukturwandel der Öffentlichkeit* der Wandel der Öffentlichkeit über die Zeit.

Was hingegen hinterfragt werden kann, ist die ursächliche Rückführung des konstatierten Wandels auf digitale Technologien. Die Veränderungen werden oftmals vor dem Hintergrund medientechnologischer Entwicklungen diskutiert. Während Beck (1993), Giddens (1997), Mouffe (2000b, 2005), Crouch (2004), Blühdorn (2013) oder Michelsen und Walter (2013) Veränderungen der demokratischen Kultur und Praxis vorwiegend durch gesellschaftliche Wandlungsprozesse begründen, werden Umwälzungen der Öffentlichkeit als ein Element demokratischer Kultur und Praxis in erster Linie auf technologische Entwicklungen zurückgeführt.

Neuere Forschungsliteratur scheint diese Schlagseite identifiziert zu haben. Jeanette Hofmann (2019) etwa spricht sich für eine neue Forschungsperspektive aus, die Digitalisierung und Demokratie nicht in einem Kausalverhältnis sieht, sondern als eine Konstellation betrachtet, weil technologische Entwicklungen weder kausal gesellschaftlichen Wandel verursachen noch sich unabhängig von diesem vollziehen. Bereits die Entwicklung sowie die Art und Weise, wie digitale Technologien genutzt werden, sind kontingent in dem Sinne, dass sie von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, gemeinhin mit Post- oder Spätmoderne gegenüber der Moderne tituliert, geprägt sind (vgl. Hofmann 2019: 34). In Anbetracht der vorherrschenden Omnipräsenz von sozialen Medien in unserem Alltag scheinen jedoch größere gesellschaftliche Rahmungen eine lediglich nachgeordnete Rolle zu spielen, wenn der Fokus auf Öffentlichkeit liegt. Weil es einen Strukturwandel der Medien von den Massenmedien zu den sozialen Medien gegeben hat, bedürfte es einer Neukonzipierung der Öffentlichkeit (vgl. Bruns/Highfield 2015: 56 ff.; Ritzi 2019: 61), so die gängige Argumentation.

Ausgehend von diesem Befund lässt sich folgende Forschungslücke identifizieren: In Anbetracht des Wandels der Öffentlichkeit ist eine „übergreifende“ Beschreibung aktuell

praktizierter Formen von Öffentlichkeit notwendig, die jedoch nicht auf digitale Technologien, sondern auf gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen als treibende Kraft zurückgreift. Diese Forschungslücke versucht der vorliegende Artikel zu schließen und schlägt einen Idealtypus für Öffentlichkeiten in der Spätmoderne vor.¹

Der Zweck einer idealtypischen Beschreibung besteht darin, Zusammenhänge und Entwicklungen, in denen Kulturerscheinungen eingebettet sind, „scharf zum Bewußtsein zu bringen“ (Weber 1985: 201). Im Gegensatz zu Gattungsbegriffen, die dabei helfen, empirische Einzelercheinungen zu klassifizieren, ermöglicht der Idealtypus „die *Eigenart* von Kulturerscheinungen“ (ebd.: 201, Hervorhebung im Original) einzufangen, indem einzelne Gesichtspunkte und Zusammenhänge von „diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen Einzelercheinungen“ (ebd.: 190) gesteigert werden. Der Idealtypus ist dementsprechend kein Durchschnitt oder gar ein genaues Abbild des Untersuchungsgegenstandes, noch ist er ein gänzlich von der Wirklichkeit unabhängiges Denkgebilde (vgl. Jánoska-Bendl 1965: 34). Auch ist er nicht als anzustrebendes Ideal, Kritik an bestehenden Verhältnisse oder gar eine Strategie für soziale Transformation zu verstehen. Er ist ein Instrument (vgl. Kaesler 1995: 232) um, wie in diesem Fall, aktuell praktizierte Formen von Öffentlichkeiten zu verstehen, das heißt „kausal- und sinnadäquat zu erklären“ (Gerhardt 2001: 284). Es geht im weiteren Verlauf folglich nicht darum, so heterogene Phänomene wie etwa *#metoo*, *Stuttgart 21*, *PEGIDA*, *Querdenker* oder *Fridays for Future* normativ zu beurteilen oder empirisch-analytisch ihre Unterschiede zueinander zu erfassen. Vielmehr gilt es an den Beispielen *Querdenker*, vor ihrer zunehmenden Radikalisierung ab Frühsommer 2021, und *Stuttgart 21* dasjenige herauszuarbeiten, was die beiden Phänomene idealtypisch in ihrer Öffentlichkeitsdimension vereint.

In den Abschnitten zwei und drei werden hierfür die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die unter dem Begriff ‚Spätmoderne‘ subsumiert werden, nachgezeichnet und die Folgen für den Diskurs als Kommunikationsmodus aufgezeigt. Dass dies in Anbetracht der unterschiedlichen Positionen zu den vieldiskutierten Begriffen Post- und Spätmoderne in diesem Rahmen erschöpfend nicht möglich ist, steht außer Frage. Indes wurde mit *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne* von Andreas Reckwitz (2017) eine überzeugende Interpretation vorgelegt, die mit ihrer Unterscheidung einer Logik des Allgemeinen in der Moderne und einer Logik der Singularitäten in der Spätmoderne zumindest eine Orientierung bietet. In Abschnitt vier wird das Habermas’sche Konzept der Öffentlichkeit rekonstruiert, mit dem Ziel aufzuzeigen, dass dieses Konzept der Logik des Allgemeinen folgt. Es eignet sich daher zur normativen Beurteilung, aber nicht zum Verstehen und Erklären aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten. Das gilt, wie in Abschnitt fünf ausgeführt wird, im Übr-

1 Die nachfolgenden Ausführungen in diesem Artikel stellen eine argumentative und konzeptionelle Weiterentwicklung der Ideen dar, die der Autor in seiner Dissertationsschrift mit dem etwas sperrigen Titel *Postmoderne Öffentlichkeiten. Der Wandel von der diskursiven Öffentlichkeit der Moderne zu den konnektiven Öffentlichkeiten der Postmoderne* 2018 an der Universität Heidelberg unter dem damaligen Namen Behzad Falahzadeh dargelegt hat.

gen auch für andere Bestrebungen, das Habermas'sche Konzept an eine spätmoderne Welt anzupassen. Sie stellen eher ein Ideal von Öffentlichkeit in der Spätmoderne und nicht einen Idealtypus dar. Ein solcher wird in Rekurs auf und Abgrenzung zum Habermas'schen Konzept aus Abschnitt vier in den Abschnitten sechs bis neun vorgeschlagen. Das Ergebnis sei bereits vorweggenommen: Aktuell praktizierte Formen von Öffentlichkeiten stellen Meinungsöffentlichkeiten dar. Sie bilden sich um Meinungen und nicht um Themen, so dass nicht ein Strukturwandel zu konstatieren ist, sondern ein Formwandel der Öffentlichkeiten in der Spätmoderne.

2. Von der Moderne zur Spätmoderne

„Post-“, „Spät-“ oder „reflexive Moderne“: Unabhängig davon, welcher Begriffstradition gefolgt wird, soll mit diesen Begriffen stets ein epochaler Wandel der Gesellschaft reflektiert und sichtbar gemacht werden (vgl. Eagleton 1997: VII). Im Zuge dessen geht es um nichts Geringeres als die Frage, ob sich ein kultureller Gesamtzusammenhang westlicher Gesellschaften ab den 1960er und 70er Jahren ausmachen lässt und, falls ja, wie dieser aussieht (vgl. Huyssen/Scherpe 1997: 7). Es verwundert folglich nicht, dass etwa mit Blick auf den Begriff „Postmoderne“ bereits das Präfix „Post“ für Kontroversen sorgt: Was soll es zum Ausdruck bringen (vgl. Lyotard 1993)? Einen unblutigen Bruch mit der Moderne (vgl. Kopp-Marx 2005: 33), eine Kritik an eine hinter die eigenen Ideale zurückgefallene Moderne (Wellmer 1994; Welsch 2008: 104 ff.) oder eine redigierte Fassung der Moderne (vgl. Lyotard 1994), die *postmoderne Moderne* (Welsch 2008)? Dieses lediglich angedeutete Dickicht an Fragen, Positionen und Strängen macht eine endgültige Bestimmung, was „Post-“, „Spät-“ oder „reflexive Moderne“ ist und worin sich der mit ihr zum Ausdruck gebrachte gesellschaftliche Wandel manifestiert, schwierig. Die Vehemenz und Stetigkeit mit der die Diskussionen geführt werden, sind hingegen ein Beleg dafür, dass es einen Wandel gegeben hat. In der jüngsten Vergangenheit wurde dieser Wandel von Andreas Reckwitz überzeugend als eine Umstellung der Logik des Allgemeinen auf eine Logik der Singularitäten beschrieben.²

Für die Moderne ist die Welt chaotisch, unberechenbar, ungeordnet, intransparent. Bemühungen um einen Fortschritt zum Besseren werden unter diesen Bedingungen als aussichtslos erachtet (vgl. Bauman 1995: 15 ff.). Durch Rationalisierungsbestrebungen wird daher eine „relativ hohe Berechenbarkeit, Geordnetheit und Transparenz des Sozia-

2 Es sei angemerkt, dass die Beschreibung der Moderne durch eine Logik des Allgemeinen keine neue Erkenntnis in den Debatten zu Moderne / Postmoderne darstellt. Young (1990: 98) spricht beispielsweise von einer Logik der Identität in der Moderne, die basierend auf Vernunft zwingt, Dinge zusammenzudenken und auf eine Einheit zu reduzieren. Reckwitz zeigt indes, erstens, dass es auch in der Spätmoderne eine leitende Logik gibt. Und, zweitens, vermeidet er es, aus dem Wandel der Gesellschaft von der Moderne zur Spätmoderne eine teleologische Entwicklung hin zu Pluralität als Kern menschlichen Daseins abzuleiten, wie sonst üblich im Kontext postmoderner Auseinandersetzungen (vgl. exemplarisch Welsch 1994). Diese Entwicklung sieht er auch, für ihn ist sie jedoch Mittel einer neu entstandenen Mittelschicht, um der Logik der Singularitäten zu folgen. Ich folge seiner Begriffswahl von „Spätmoderne“.

len“ (Reckwitz 2017: 36) angestrebt, um Knappheits- und Ordnungsprobleme zu überwinden (vgl. ebd.: 34). Weil sie Konflikte begünstigen können, gilt es, Partikularitäten, Ambivalenzen, Pluralität auf der Grundlage von Rationalität zu überwinden (vgl. Bauman 1994: 8 ff.; Wellmer 1993: 50 ff.), so dass sich insgesamt eine „extensive und intensive Generalisierungsmaschine“ (Reckwitz 2017: 33) in Gang setzt, die „eine *Entsingularisierung des Sozialen*“ (ebd.: 46, Hervorhebungen im Original) zur Folge hat. Hinter den Rationalisierungsbemühungen der Moderne verbirgt sich eine Logik des Allgemeinen, die die Welt in Richtung Universalisierung, „zu dem für alle und überzeitlich Gültigen“ (ebd.: 36) drängt, um Fortschritt zu erzielen.

Die Bemühungen um Fortschritt durch Rationalität bleiben nicht ohne Erfolg. Die massenhafte Produktion von Waren etwa ermöglicht dem Gros der Menschen im Westen ein Leben ohne existentielle Nöte in relativer Sicherheit. Befreit davon, das eigene Überleben sicherzustellen und damit in die Lage versetzt, das eigene Leben jenseits situativ gegebener Probleme zu gestalten, können die Menschen leben, statt zu überleben (vgl. Inglehart 1997: 31). In den Fokus rückt verstärkt die Überwindung subjektiv empfundener Lebensprobleme, seien diese objektiv gegeben oder nicht (vgl. Schulze 2005: 22) sowie die Steigerung der Lebensqualität (vgl. Inglehart 1997: 7). Im zunehmenden Maße beginnen intrinsische Motive des Einzelnen den Ausgangspunkt von Handlungen zu bilden (vgl. Schulze 2005: VII). Eine gegebene Situation zwingt nicht mehr zu einer bestimmten Handlung, sondern regt lediglich zu einer Wahl an (vgl. ebd.: 208). Die Moderne war in ihren Bemühungen hiernach dermaßen erfolgreich, dass die Logik des Allgemeinen, beispielsweise in Form von sozialen Orientierungspunkten wie etwa Geschlecht, an Wirkkraft verliert und die Welt für die Menschen in der Spätmoderne zu einem Markt der Möglichkeiten avanciert (vgl. Bauman 1995: 15 ff.).

Diese Entwicklung bedeutet nicht, dass die Logik des Allgemeinen verschwindet. Sie rückt lediglich in den Hintergrund und wird zur ermöglichenden Infrastruktur einer nun im Vordergrund wirkenden „*soziale[n] Logik des Besonderen*“ (Reckwitz 2017: 11 Hervorhebungen im Original). Im Rahmen dieser neuen Logik bewegt sich die Gesellschaft weg vom Streben nach dem Allgemeinen hin zum Besonderen³. Dabei sei es „kein logischer Widerspruch, sondern eine reale Paradoxie, dass sich *allgemeine* Praktiken und Strukturen“ der Gesellschaft auf „die Verfertigung von *Besonderheiten*“ (ebd.: 13, Hervorhebungen im Original) umstellen. Gesellschaftliche Kontingenz mag zunehmen, soziale Orientierungspunkte mögen verschwinden, die Menschen ihre Handlungen an subjektiven und nicht objektiven Gegebenheiten ausrichten, ein *anything goes* bedeutet dies nicht. Mit der Spätmoderne findet vielmehr ein Wechsel von der Logik des Allgemeinen zur Logik der Singularitäten als treibende Kraft statt. Während in der Moderne Prozesse und Strukturen in erster Linie auf das Allgemeine ausgerichtet waren, rückt mit der Spätmoderne die Singularität in den Vordergrund (vgl. ebd.: 7).

3 Das Besondere ist durch seine „qualitative *Andersheit*“ (Reckwitz 2017: 54, Hervorhebung im Original) geprägt. Es verfügt über eine Eigenkomplexität, die nicht auf anderes zurückgeführt werden kann.

3. Primat der Meinung in der Spätmoderne

Mit Blick auf den Idealtypus aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeit ist von besonderer Relevanz, dass die Umstellung der Logik des Allgemeinen auf die Logik der Singularitäten, sprich der Wandel von der Moderne zur Spätmoderne, sich in einem Wechsel von Rationalisierung hin zur Kulturalisierung als Modus der Vergesellschaftung äußert (vgl. Reckwitz 2017: 75 ff.). Kulturalisierung meint, dass sich die Wertigkeit von Objekten, Subjekten, Räumen und weiterem nicht mehr am Grad ihrer Rationalität bemisst. Anstelle ihrer gewinnen andere Kategorien wie etwa Ästhetik, Emotionen oder Spiritualität über ihre genuinen Sphären hinaus an Strahlkraft und entscheiden maßgeblich darüber, ob etwas als singular und damit in der Logik der Singularitäten als wertig erachtet wird oder nicht. Dies impliziert nicht, dass Rationalität in der Spätmoderne gänzlich verschwindet; es bedeutet jedoch, dass sie als zuvor dominierender Maßstab grundsätzlich an Bedeutung verliert und zuweilen kritisiert wird.

Für den diskursiven Verständigungsprozess hat das zur Folge, dass zunächst eine Heterogenisierung von Begründungstypen stattfindet. Bereits Young (1996: 123; 1990: 188) und andere vor und nach ihr haben darauf hingewiesen, dass der rational motivierte Diskurs andere Zugänge zur Sprache wenn nicht ausschließt, so doch zumindest marginalisiert. Die vielfältigen Möglichkeiten menschlicher Ausdrucksweisen zur Verständigung werden auf die vernünftige verkürzt. Jene, die der Autorität des besseren Arguments nicht folgen, sind entweder aus dem Diskurs ausgeschlossen oder gezwungen, einen Konsens einzugehen, den sie aus nicht-rationalen Gründen womöglich nicht eingegangen wären. Mit der Aufwertung anderer Kategorien als jener der Rationalität im Zuge der Kulturalisierung ändert sich dies. Die Möglichkeit, nicht-rationale, unvernünftige Argumente zur Begründung der eigenen Meinung in den Diskurs einzubringen, gewinnt an Akzeptanz, ebenso wie es möglich wird, rationalen Argumenten mit diesen zu begegnen. Unterschiedliche Begründungstypen stehen gleichwertig einander gegenüber. Meinungen können auf vielfältige Weise untermauert werden und im Diskurs bestehen, selbst wenn sie nicht rational begründet sind. Weder sind vor diesem Hintergrund rational motivierte Argumente objektiv und damit für alle gleichermaßen nachvollziehbar noch die einzig zulässigen. Mit der Spätmoderne finden nicht nur im Sinne einer Pluralisierung weit mehr Personen und Gruppen, und damit auch Meinungen, Gehör. Ebenso wird der Verständigungsprozess hinsichtlich der Begründungstypen heterogener. Insgesamt nimmt im Diskurs die Kraft des besseren Arguments ab. Zweitens dürfen die Folgen zunehmender Meinungsvielfalt nicht unterschätzt werden. In der Spätmoderne ist eine Demokratisierung der Sprecherposition zu beobachten.

Auch wenn weiterhin marginalisierte Personen und Gruppen in der Spätmoderne existieren und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein weithin verbreitetes gesellschaftliches Problem darstellt, haben weit mehr Menschen als Sprecher:innen Zugang zur Öffentlichkeit. „[D]as ethische Recht auf Gehör“ (Nassehi 2020: 51) etabliert sich zunehmend. Dies kann als Erweiterung des freien Zugangs begriffen werden. Ein Anspruch darauf, dass ein Publikum zuhört, bedeutet es nicht. Das Recht auf Gehör

impliziert nicht die moralische Pflicht eines Publikums zuzuhören, ebenso wenig wie es ein solches konstituiert. Das eine oder das andere wäre jedoch in Anbetracht der „kommunikativen Fülle“ (Ercan et al. 2019), die sich zwangsläufig aus einer Demokratisierung der Sprecher:inposition ergibt, umso wichtiger. Für den Diskurs als Verständigungsprozess, ob auf Grundlage rationaler oder nicht-rationaler Argumente geführt, bedeutet dieser Mangel am Zuhören, das „neue demokratische Defizit“ (Dobson 2012), eine Trennung von der Meinung und ihrer Begründung zugunsten der Meinung. So wird es wichtiger, dass die Meinung geäußert wird, während die Begründung an Bedeutung verliert. Die Verständigungswahrscheinlichkeit sinkt, wie Nassehi (2020: 52) annimmt, nicht auf Grund der Zunahme von möglichen Nein-Stellungnahmen in Folge der Demokratisierung der Sprecher:inposition. Sie schwindet, weil Meinungen gegenüber Gründen wichtiger werden. Während die Heterogenisierung der Begründungstypen die Kraft des besseren Arguments schwächt, wird mit der Demokratisierung der Sprecher:inpositionen ohne entsprechende Gewährleistung von Zuhörerschaft der Diskurs zunehmend auf bloße Meinungsäußerung verengt.

Für den Diskurs als Verständigungsprozess bedeutet die Heterogenisierung der Begründungstypen und Demokratisierung der Sprecherposition letztlich eine Stärkung der Meinung. Diese ist zunehmend der Kritik entzogen und nimmt eine quasi transzendente Position in der Spätmoderne ein (vgl. Eagleton 1997: 49 ff.). Sie muss als gegeben und unveränderbar erachtet werden. Obschon Akteure auch in der Spätmoderne sich austauschen, Zeitungen lesen, in Internetforen posten und Meinungen diskutieren, wird es in Folge der Kulturalisierung schwieriger den Meinungshalter zu einer anderen Meinung zu bewegen. Der Diskurs ist hiernach in der Spätmoderne keine rein theoretische Fiktion, er verschwindet nicht, sondern wird weiterhin praktiziert. Seine Wirkung hält sich jedoch in Grenzen. Der Ausspruch ‚Das ist halt meine Meinung‘ steht synonym hierfür. In der Spätmoderne werden in Folge der Kulturalisierung Meinungen daher zuvörderst bekannt gegeben, anstatt zur Diskussion gestellt zu werden (vgl. Veith 2001: 294). Geäußerte Meinungen können nicht mehr als Ausgangspunkt eines Diskurses zur Findung eines Konsens begriffen werden, sie bilden eher einen Pool an Alternativen, aus dem frei gewählt werden kann (vgl. ebd.: 352). Vor diesem Hintergrund, dem Primat der Meinung in der Spätmoderne, ist eine diskursive Öffentlichkeit, die einen rational erzielten Konsens in den Vordergrund rückt, anachronistisch.

4. Diskursive Öffentlichkeit und die Logik des Allgemeinen

Die Notwendigkeit einer diskursiven Öffentlichkeit ergibt sich bei Habermas insbesondere aus der Kritik am liberal-prozeduralen Demokratieverständnis. Dieses verortet die Quelle der Legitimation des politischen Systems nicht bei den Bürger:innen, sondern im politischen System selbst und wechselt damit von der *input*- zur *output*-Legitimation. Kritisch an diesem Perspektivenwechsel ist insbesondere zweierlei: Erstens kann in liberal-prozeduralen Ansätzen die *input*-Legitimation durch die Bürger:innen nur noch

durch alle paar Jahre stattfindende Wahlen erfolgen. Eine wachsende Kluft zwischen den Bürger:innen und dem politischen System öffnet sich. Zweitens ist in einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft kein System in der Lage, ein anderes System zu beobachten (vgl. Luhmann 1984: 58 ff.). Alles, was außerhalb des Systems ist und sich ereignet, ist Umwelt für dieses. Ein Ort, an dem gesamtgesellschaftliche Probleme und eventuelle Lösungen dieser als Ganzes thematisiert werden, existiert nicht (vgl. Habermas 1992: 417 ff.). Auch das politische System in seiner funktionalen Ausdifferenzierung ist hierzu nicht mehr in der Lage. Es kann nur unzureichend Themen und Probleme adäquat identifizieren und damit *output*-Legitimation generieren (vgl. ebd.: 401 ff.).

Um diesen beiden Problemen zu begegnen, entwickelt Habermas (1992: 361 ff.) das Konzept der diskursiven Öffentlichkeit, für das er sowohl auf republikanische als auch liberale Elemente zurückgreift. Erstere bestärken den Meinungs- und Willensbildungsprozess jenseits von Wahlen, indem sie den Bürger:innen stärker in die Pflicht nehmen; letztere stärken die Autonomie dieser gegenüber dem Staat, gewährleistet durch den rechtlichen Schutz der Privatsphäre. Damit geht eine politische Aufwertung der privaten Sphäre des Einzelnen einerseits und eine Abwertung des politischen Systems andererseits einher. Der private Raum ist jene Sphäre, in der gesellschaftliche Probleme ihre lebensweltliche Relevanz gewinnen und aus der sich die Themen der Öffentlichkeit speisen (vgl. ebd.: 441), während das politische System, im Idealfall, auf administrative Aufgaben beschränkt und als Herrschaftsinstrument abgeschafft wird (vgl. Habermas 1990: 152; Kantner/Tietz 2003: 120 ff.).

Als die zum Publikum versammelten Privatleute (vgl. Habermas 1990: 86), verortet zwischen der privaten Sphäre der Bürger:innen und dem politischen System, obliegt es der Öffentlichkeit, relevante Themen oder Probleme aus der Lebenswelt der Bürger:innen zu identifizieren und eine öffentliche Meinung zu ihnen an das politische System weiterzutragen (vgl. Habermas 1992: 361 ff.; Neidhardt 1994: 8; Perlot 2008: 20). Habermas verfolgt demnach mit seinem Konzept der Öffentlichkeit nicht das Ziel, das politische System aufzulösen und Formen antischer Demokratie zu etablieren. Repräsentative Elemente und das politische System bleiben notwendig (vgl. Chambers 2003: 308). Vielmehr soll die Öffentlichkeit als ein „Transformationsriemen“ (Habermas 2008: 143) die Kluft zwischen den Bürger:innen und dem politischen System überbrücken und fortwährende *input*-Legitimation ermöglichen.

Auf Grund dieser zentralen Stellung kann nicht jede Ansammlung von Privatbürger:innen bei Habermas als Öffentlichkeit fungieren und *input*-Legitimation erzeugen. Einerseits ist es von herausragender Bedeutung, dass die Öffentlichkeit unterschiedlichsten Meinungen zu einem Thema Raum gibt. So soll sichergestellt werden, dass die Öffentlichkeit nicht durch bestimmte Gruppierungen als Herrschaftsinstrument missbraucht wird. Ein goldenes Zeitalter der Öffentlichkeit gab es derweil nicht (vgl. Schudson 1992). Der Anspruch einer vielfältigen Meinungslandschaft stand und steht weiterhin aus unterschiedlichen Gründen einer „realen Exklusivität“ (Kocka 2000: 34) gegenüber. Nichtsdestotrotz verstanden sich die Teilnehmenden der literarischen Cafés des 18. Jahrhunderts als eine Ansammlung vieler Menschen auf Augenhöhe (vgl. Kantner/

Tietz 2003: 114). Die Öffentlichkeit erschien in der Selbstwahrnehmung der Bürger:innen als aus einer Vielzahl verschiedener und gleichberechtigter Individuen zusammengesetzt und somit als ein prinzipiell offener Raum mit freiem Zugang (vgl. Habermas 1990: 97), in dem eine ideale Sprechsituation vorherrschte. Andererseits bildet auch ein vielfältiges Publikum versammelter Privatleute mit unterschiedlichen Meinungen noch keine Öffentlichkeit. Die Teilnehmenden sprechen zunächst für sich, so dass die Ansammlung eher einer Ballung von Individuen mit verschiedenen Meinungen gleicht. Um als Öffentlichkeit verortet zwischen den einzelnen Bürger:innen und dem politischen System zu fungieren, müssen die Versammelten durch einen rational motivierten Diskurs einen Konsens finden. Der Diskurs in der Öffentlichkeit ist folglich kein Palaver, keine fortwährende Kommunikation der Beteiligten zu einem Thema in Endlosschleife. Verständigung, im Sinne von sich ausgehend von anfänglich unterschiedlichen Meinungen vernunftgeleitet auf eine gemeinsame Meinung zu einigen, ist das Ziel.

Dieserart Konsenserwartung ist tief in den kommunikationstheoretischen Annahmen von Jürgen Habermas verankert, auf die wir an dieser Stelle nur oberflächlich eingehen können. Das Neue, das Habermas mit seiner Theorie kommunikativer Handlung in die Handlungstheorie einführt, ist die „irreduzible Eigenstruktur menschlicher Kommunikation“ (Joas 1986: 146): Handlungskoordination zwischen Akteuren kann auf Basis „eines kooperativen Deutungsprozesses“ (Habermas 1987a: 151), der kommunikativen Handlung, erfolgen und muss nicht stets normenregulierter, strategischer oder dramaturgischer Natur sein. Im Unterschied zu Letzteren „hat keiner der Beteiligten ein Interpretationsmonopol“ (ebd.: 150), sondern die Akteure müssen Geltungsansprüche für ihre Äußerungen erheben, die von der Gegenseite abgelehnt oder angenommen werden können (vgl. ebd.: 148). Das Ziel besteht dabei darin, eine gemeinsame Situationsdefinition zu finden. Sind die Akteure darin erfolgreich, so können sie davon ausgehen, dass eine zwischen ihnen intersubjektiv geteilte Situationsdefinition vorherrscht und damit die Voraussetzungen für eine gemeinsame Handlung vorliegen (vgl. ebd.: 187). Auch in anderen Handlungsmodi kann der Ausgangspunkt gemeinsamer Handlungen eine geteilte Situationsdefinition sein. Aber nur im Rahmen der kommunikativen Handlung ist sichergestellt, dass diese durch die Verwendung verständnisorientierter Sätze erzielt worden ist.

Solange die Lebenswelten der Akteure sich grundsätzlich überlagern, hat die Verständigung eher den Charakter von Reparaturleistungen. Die Situationsdefinitionen differenzieren nicht grundsätzlich voneinander, lediglich einzelne Punkte müssen verhandelt werden. Mit der Moderne differenzieren sich derweil „die strukturellen Komponenten der Lebenswelt und die Prozesse, die zu deren Erhalten beitragen“ (Habermas 1987b: 218) immer weiter aus, zunehmend treffen Akteure mit gänzlich unterschiedlichen Situationsdefinition aufeinander. Je mehr diese Entwicklung voranschreitet, „umso mehr treten die Interaktionszusammenhänge unter Bedingungen einer rational motivierten Verständigung, also einer Konsensbildung, die sich letztlich auf die Autorität des besseren Arguments stützt“ (ebd.: 218). Die hier zum Tragen kommende Rationalität ist weniger als eine Potenz des einzelnen Subjekts zu verstehen. Sie ist vielmehr ein Potential der

Sprache, das im Rahmen der kommunikativen Handlung zur Geltung kommt und ein Urteil über die jeweils erhobenen Geltungsansprüche erlaubt (vgl. Habermas 1992: 16). Anders gesagt: In der kommunikativen Vernunft ist Vernetzung, koordiniertes Handeln, bereits als Ziel von Verständigung enthalten. Sprache im Allgemeinen und der rational motivierte Diskurs im Speziellen werden so zur Quelle sozialer Integration (vgl. ebd. 1992: 33, 1987b: 208).

Vor diesem kommunikationstheoretischen Hintergrund ist der Diskurs innerhalb der Öffentlichkeit ein Wettstreit von Kritik und Gegenkritik anhand rationaler Argumente (vgl. Müller-Doohm/Neumann-Braun 2006: 98), allerdings nicht, wie bereits oben angedeutet, als Selbstzweck (vgl. Gaus 2016: 512 ff.). Vielmehr soll er „die Handlungspläne und die Zwecktätigkeiten der Beteiligten zur Interaktion“ (Habermas 1987a: 143) zusammenfügen. Ebenso von Bedeutung ist es folglich, dass der Diskurs in einen Konsens mündet. Konsens bedeutet in diesem Fall mehr als die bloße Zustimmung der einzelnen Teilnehmenden zu einer bestimmten Meinung (vgl. Habermas 1992: 438). Die Beteiligten gelangen zu einer gemeinsam geteilten Meinung, welche im Modus der Deliberation auf Basis rationaler Argumente durch „gegenseitige Überzeugung und nicht die Überredung oder Aushandlung“ (Ritzi 2019: 68) erzielt wurde. Ausschließlich in diesem Fall hat die Öffentlichkeit *input*-Legitimation generiert (vgl. Lafont 2015: 43). Im Fokus von Konsens steht somit nicht die Einstimmigkeit oder die freiwillige Zustimmung der Beteiligten zu einer Meinung; die gleichbegründete Zustimmung aller Teilnehmenden steht im Vordergrund (vgl. King 2013: 162; Mouffe 2000b: 48 ff.). In diesem Sinne entspricht der Konsens auch nicht dem Willen aller Teilnehmenden und ist daher legitim, sondern er ist das Ergebnis eines Diskurses basierend auf einem Set an Kommunikationsregeln und daher legitim (vgl. Gaus 2016: 506). Das primäre Ziel der Öffentlichkeit besteht somit darin, unterschiedliche Meinungen zu einem Thema auf Grundlage der Autorität des besseren Arguments zu einem Konsens zusammenzufügen (vgl. Luhmann 1970: 4).

Dass dieses Verständnis einer Logik des Allgemeinen folgt, dürfte bereits ersichtlich sein. Habermas (1992: 11) selbst versteht seine Diskurstheorie als den Versuch, die Moderne vor ihrem Kollaps auf Grund von Unvernunft zu retten. Mit Blick auf die Meinung gewährt die Habermas'sche Öffentlichkeit unterschiedliche Meinungen ausschließlich als private Meinung, während es gilt, im gesellschaftlichen Rahmen eine gemeinsame Meinung zu finden (vgl. Mouffe 2000a: 8). Und mit Blick auf den Diskurs ist die Inanspruchnahme nicht-rationaler Argumente nicht vorgesehen (vgl. Young 1996: 123). Jene, die auf Grund nicht-rationaler Argumente eine Meinung halten, vertreten eine unvernünftige Meinung und sind infolgedessen ausgeschlossen oder werden nicht gehört. Nicht nur müssen alle Meinungen in einen Konsens überführt sein, damit Legitimation aus der Öffentlichkeit erwächst, auch hat der Diskurs entlang rationaler Argumente zu erfolgen. Ob beides, der angestrebte Konsens und die Orientierung an Rationalität, ausreichend ist, um Konsens im oben dargelegten Sinne, wie aus postmoderner Perspektive geschehen, als eine Form des weichen Imperialismus (vgl. Docherty 1993: 26) oder insgesamt die Habermas'sche Diskurstheorie als einen Rückfall „in die Emanzipations-

ideologien des modernen Vernunftglaubens“ (Kopp-Marx 2005: 13) zu bewerten, sei dahingestellt. Iris Marion Young (1990: 118) hat indes zurecht festgestellt, dass Jürgen Habermas lediglich der stärkste Pluralist unter den Universalisten ist.

Das Habermas'sche Konzept der Öffentlichkeit kann daher nicht mehr zum Verstehen und Erklären aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeit beitragen, weil diese einer anderen Logik folgen. Sie kann weiterhin ein Urteil über sie ermöglichen, aber auch das nur aus der Perspektive der Moderne. Dies hat zur Folge, dass die Wirklichkeit, etwa in Form von Teilöffentlichkeiten oder unvernünftig begründeten Meinungen, nur noch negativ vom normativen Ideal abweichen kann.

5. Nachjustierungen, aber keine Neukonzipierungen

Die Einsicht, dass es angesichts eines gesellschaftlichen Wandels von der Moderne zur Spätmoderne eines anderen Verständnisses der Öffentlichkeit bedarf, ist nicht neu. Autor:innen wie James Bohman (1995, 1996), John Dryzek (2005), Amy Gutmann und Dennis Thompson (1996), Iris Marion Young (1996, 1997) oder auch Daniel Gaus (2016) passen das Konzept der diskursiven Öffentlichkeit an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen an. Insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Pluralität und dem Autoritätsverlust der Rationalität müsse, so der Tenor, vom rationalen Diskurs abgerückt werden, da es weder für alle nachvollziehbare Argumente gebe (vgl. Bohman 1995: 254) noch die rationale Verständigung selbst von der Kritik ausgenommen sei (vgl. Taylor 1986: 45). Die Anpassungen erfolgen, wiewohl sich die Ansätze voneinander unterscheiden, in ähnlicher Weise. Keiner der vorgenannten Vorschläge begegnet der Kulturalisierung durch Stärkung rationaler Elemente. Es wird vielmehr die entgegengesetzte Strategie verfolgt, den Diskursbegriff derart zu erweitern, dass beispielsweise Emotionen einen Platz finden (vgl. König 2014: 170). Wichtiger sei es für die im Diskurs vertretenen Positionen Verständnis und Empathie durch Verwendung auch nicht-rationaler Argumente aufzubringen, als das Gegenüber zu überzeugen (vgl. Mendelberg 2002: 153). Infolgedessen wird konzeptionell von Konsens auf Kompromiss umgestellt: Eine gemeinsame Handlung oder eine gemeinsam vertretene öffentliche Meinung muss nicht mehr gleichbegründet sein. Ausreichend ist es, sich aus unterschiedlichen Gründen und Meinungen auf ein Ziel zu einigen. Dies würde auch in Anbetracht grundsätzlicher Meinungsverschiedenheit einen Korridor für weitere Zusammenarbeit schaffen (vgl. Bohman 1996: 25 ff.; Dryzek 2009: 170).

Problematisch an diesen Ansätzen mit Blick auf das hier verfolgte Vorhaben ist, dass im Zuge der Öffnung des Diskurses für anders als rational gelagerte Argumente und den Wechsel von Konsens auf Kompromiss die Anforderungen an die Beteiligten steigen. Der Diskurs führt nicht notwendigerweise zu Empathie und Verständnis. Ebenso kann er die Tiefe der Konflikte erst recht offenlegen und einen möglicherweise zuvor vorhandenen Korridor der Zusammenarbeit verschließen (vgl. Shapiro 1999: 31). Um trotzdem einen Kompromiss zu finden, müssen die Beteiligten über

bestimmte Tugenden, wie etwa Geduld, Toleranz oder Empathiebereitschaft verfügen, um ungeachtet unterschiedlichster Gründe und Meinungen oder gar tiefgehender Konflikte einen Kompromiss einzugehen. Mit anderen Worten: Während bei Habermas die Sprache allein die Quelle der Integration ist, werden in diesen Ansätzen die Individuen wieder stärker in Verantwortung genommen. Das stellt insofern ein Problem dar, als dass es sich damit bei diesen Ansätzen nicht um Idealtypen von Öffentlichkeiten handelt, sondern um normative Bestrebungen, eine Antwort darauf zu geben, wie ideale Öffentlichkeiten in der Spätmoderne zu sein haben. Im Vordergrund steht die Ermöglichung von Pluralität und Zusammenarbeit durch Anpassung der Kommunikationsregeln und weniger das Verstehen und Erklären aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten. Die Ansätze stellen eher Nachjustierungen dar. Eine Neukonzipierung von Öffentlichkeit drängt sich auf.

6. Vorüberlegung zu einem Idealtypus aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeit

Protestierende, die sich zusammengeschlossen haben, vertreten eine gemeinsam geteilte öffentliche Meinung, so dass Meinungsbildungsprozesse dem Protest als vorgelagert zu erachten sind. Dieser vorgelagerte Prozess stellt seine Öffentlichkeitsdimension dar. Ausgehend hiervon sind aktuelle Proteste mit Blick auf diese Dimension paradoxe Erscheinungen: Personen aus unterschiedlichen sozialen, politischen, kulturellen oder ökonomischen Milieus mit miteinander schwerlich zu vereinbarenden (Selbst-)Verortungen und sich widersprechenden Weltanschauungen vertreten eine gemeinsame öffentliche Meinung. Ein aktuelles Beispiel sind die selbsternannten *Querdenker*. Eine erste empirische Erhebung zeigt, dass diese in ihrer Zusammensetzung äußerst heterogen sind (vgl. Frei et al. 2021). Die Teilnehmenden kommen einerseits aus gänzlich unterschiedlichen politischen Stoßrichtungen, so dass sowohl Rastalocken als auch Springerstiefel, sowohl *Jack Wolfskin* als auch *Thor Steinar* nebeneinander zu finden sind. Andererseits decken die Gründe, aus denen die Teilnehmenden gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung protestieren, unabhängig von der politischen Orientierung, ein breites Spektrum an Begründungstypen ab. Es lassen sich Begründungstypen mit Bezug zur Natur, Spiritualität, alternativen Heilmethoden, ebenso wie zur Wissenschaft feststellen. Der Protest ist, so die Autor:innen der Erhebung, durch „eine Verschränkung romantischer und rationalistischer Motive“ (ebd.: 250) gekennzeichnet, die keine „weltanschauliche Kohärenz“ (ebd.: 251) erkennen lässt. Ein anderes, etwas älteres Beispiel sind die Proteste rund um die Umbaupläne des Stuttgarter Hauptbahnhofs durch die Deutsche Bahn. Im Rahmen des *Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21* versammelten sich Bürger:innen, um gegen dieses Vorhaben zu protestieren. Dieses Bündnis bestand aus so unterschiedlichen Organisationen wie *Leben in Stuttgart*, *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)*, dem Stuttgarter Kreisverband von *Bündnis 90/Die Grünen*, dem Fahrgastverband *Pro Bahn*, dem *Verkehrsclub Deutschland*, dem parteifreien Bünd-

nis *Stuttgart Ökologisch Sozial*, *Die Linke*, der *Schutzgemeinschaft Filder e. V.* und dem *Architekturforum Baden-Württemberg*.⁴ Einige beteiligten sich folglich, weil *Stuttgart 21* Fragen der Umstrukturierung des städtischen Raums betraf, andere engagierten sich im Namen des Naturschutzes oder auf Grund ästhetischer Fragestellungen, wiederum andere kritisierten die neoliberalen Bestrebungen eines ehemals staatlichen Unternehmens oder sahen eine vermeintliche Elite zum eigenen Vorteil handeln. Wenn auch nicht in dem Maße, wie es bei den *Querdenkern* zu beobachten ist, lässt sich auch bei *Stuttgart 21* eine Verschränkung unterschiedlicher Gründe und Begründungstypen beobachten.

In beiden skizzierten Beispielen ist festzustellen, dass die versammelten Privatleute eine gemeinsame Meinung vertreten, gleichwohl sie in ihren Gründen, warum sie diese vertreten, teilweise diametral voneinander abweichen und unterschiedliche Begründungstypen heranziehen. Während im Rahmen des diskursiven Modells eine gemeinsame öffentliche Meinung durch einen kooperativen Deutungsprozess von Kritik und Gegenkritik erzielt wird, erlauben die Beispiele die begründete Annahme, dass der Meinungsbildungsprozess nicht diskursiv erfolgt ist: Weder liegt ein Konsens vor, noch sind ausschließlich rationale Argumente anzutreffen. Es wird eine öffentliche Meinung aus unterschiedlichen Gründen und Begründungstypen vertreten. Der Ausgangspunkt eines Idealtypus aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeit ist folglich die Frage, wie solch eine öffentliche Meinung zustande kommt.

7. Zustimmung, weder Konsens noch Kompromiss

In Abschnitt 3 zum „Primat der Meinung“ wurden die Auswirkungen der Kulturalisierung in der Spätmoderne auf den Diskurs dargelegt. Diese bestanden darin, dass sich eine Hybridisierung der Begründungstypen sowie Demokratisierung der Sprecher:inposition einstellt, die in der Folge zum Primat der Meinung führen. Hierdurch sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass Meinungen in der Spätmoderne in erster Linie verkündet und als feststehend erachtet werden müssen. Sie sind der Kritik entzogen. Auf Grund dieser apodiktischen Natur bilden Meinungen in der Spätmoderne nicht mehr den Ausgangspunkt für einen Diskurs, sondern stellen in ihrer Summe einen Meinungspool aus Alternativen dar, aus dem gewählt werden kann.

Ausgehend hiervon sind drei Szenarien denkbar, die eintreten können, sollte eine Meinung zu einem Thema veröffentlicht werden. Erstens: Die veröffentlichte Meinung findet keine Beachtung. In diesem Fall bleibt die Äußerung ohne Folgen. Ein Meinungsbildungsprozess findet nicht statt. Zweitens: Die geäußerte Meinung findet Beachtung, wird aber von anderen nicht geteilt. Während in der Logik des Allgemeinen der Diskurs hier seinen Anfang nimmt und einen Konsens oder Kompromiss anvisiert, bleiben in der Logik der Singularitäten auf Grund des Primats der Meinung die sich widersprechenden

4 Die Liste ist entnommen aus dem *Wikipedia*-Artikel zu den Protesten gegen *Stuttgart 21*. http://de.m.wikipedia.org/wiki/Protest_gegen_Stuttgart_21; 07.01.2020.

Meinungen im Raum stehen. Auch in diesem Szenario findet kein Meinungsbildungsprozess statt. Drittens: Die veröffentlichte Meinung findet nicht nur Beachtung, sondern auch Zustimmung. Im Gegensatz zu den beiden Szenarien zuvor erfährt die veröffentlichte Meinung hier Bestätigung durch andere Personen, indem diese ihre Zustimmung zur veröffentlichten Meinung wiederum selbst veröffentlichen, weil die veröffentlichte Meinung ihrer eigenen entspricht. Ungeachtet der Gründe und Begründungstypen wird in diesem Szenario die veröffentlichte Meinung nicht nur geteilt, sondern die Zustimmung wird öffentlich zum Ausdruck gebracht. Dieses Szenario ist in einem diskursiven Ansatz nicht vorgesehen, weil es außerhalb seines Erkenntnisinteresses liegt. Während diskursive Ansätze danach fragen, wie aus unterschiedlichen Meinungen eine öffentliche generiert werden kann, liegt in diesem Szenario bereits eine gemeinsame Meinung vor. Dass dieses dritte Szenario idealtypisch den Meinungsbildungsprozess der beiden oben aufgeführten Beispiele beschreibt, zeigt ein genauerer Blick auf Zustimmung in Abgrenzung zu Konsens und Kompromiss.

Charakteristisch am Kompromiss ist, dass er weder einer Kongruenz der Meinungen noch der Gründe bedarf (vgl. Habermas 1992: 204; Peters 1994: 65; Jones/O’Flynn 2013). Er kann auch dann erzielt werden, wenn sich sowohl die Meinungen als auch die Gründe der Beteiligten unterscheiden. Ein Diskurs, welcher Art und Weise auch immer, bleibt hierfür unerlässlich. Konsens wiederum beschreibt einen Zustand, im Rahmen dessen hervorgebrachte Argumente auf Grund ihrer Objektivität alle auf die gleiche Art und Weise überzeugt haben (vgl. Bohman 1996: 45). Die Gründe der Beteiligten, warum sie am Ende des Diskurses die Meinung vertreten, unterscheiden sich nicht voneinander (vgl. Habermas 1992: 204). Die gleichbegründete Zustimmung ist das Ziel, so dass sich im Konsens sowohl die Meinung der Beteiligten als auch ihre Gründe am Ende decken. Mit Blick auf die *Querdenker* und *Stuttgart 21* ist derweil schwerlich ein Kompromiss oder Konsens auszumachen. Einerseits kann nicht von einem Konsens zwischen den Teilnehmenden ausgegangen werden. In beiden Beispielen sind eine Vielzahl an unterschiedlichen Gründen und Begründungstypen festzustellen. Andererseits kann eben so wenig von einem Kompromiss ausgegangen werden. Die Beteiligten in beiden Beispielen vertreten eine gemeinsame Meinung. Einerseits, dass die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung zu weit gehen, andererseits, dass der Stuttgarter Bahnhof nicht umgestaltet werden sollte. Somit liegt in den Beispielen weder ein Konsens noch ein Kompromiss vor. Ein Diskurs als Meinungsbildungsprozess kann folglich ausgeschlossen werden.

Festzustellen ist hingegen, dass die Beteiligten eine gemeinsame Meinung ungeachtet offensichtlicher Widersprüche insbesondere bei den *Querdenkern* nicht nur teilen, sondern auch ihre Zustimmung dazu veröffentlichen. Zustimmung muss daher als eine nicht-diskursive Praxis verstanden werden. Sie bedarf keines Diskurses, weil nicht die Findung eines Konsenses oder Kompromisses im Fokus steht. Jeder Zustimmungende kann eigene Gründe haben, sowohl warum er diese spezifische Meinung aus dem Pool an Alternativen teilt als auch warum er seine Zustimmung zu dieser veröffentlicht. Ausschlaggebend ist lediglich die Tatsache, dass die veröffentlichte Meinung sich mit der eigenen Meinung deckt. Eine äußerst reduzierte, gleichsam binäre Kommunikation, sei

es der Klick auf einen Like-Button, der Ausdruck ‚Ja‘ oder der Kauf eines Produkts, wäre dann ausreichend. Wie viele veröffentlichte Bestätigungen notwendig sind, um von einer öffentlichen Meinung sprechen zu können, ist ebenso wenig zu beantworten wie die Frage, wie viele Privatleute zusammenkommen müssen, um ein Publikum zu bilden. Es kann lediglich formuliert werden: Der Meinungsbildungsprozess von der privaten zur gemeinsamen öffentlichen Meinung ist angesichts des Primats der Meinung idealtypisch weniger durch ein Set an Kommunikationsregeln bestimmt als vielmehr alleinig durch Zustimmung als nicht-diskursive Praxis. Der Meinungsbildungsprozess ist mit der veröffentlichten Zustimmung abgeschlossen. Sie versammelt die Privatbürger:innen zu einem Publikum.

Damit ist keine Aussage über den privaten Meinungsbildungsprozess der Beteiligten getroffen, also über die Frage, wie diese zunächst zu ihrer privaten Meinung gelangen. In der Spätmoderne muss diese, wie bereits ausgeführt, als gegeben erachtet werden. Auch ist nicht gesagt, dass Öffentlichkeiten in der Spätmoderne ohne interne Kommunikationsregeln operieren. Die Kommunikation zwischen den Zustimmenden wird notwendigerweise Regeln folgen. Diese dienen jedoch weniger der Findung einer gemeinsamen Meinung, da diese bereits vorliegt. Vorstellbar ist eher, dass die Regeln in erster Linie dazu genutzt werden, die gemeinsam vertretene Meinung zu bestätigen oder gegebenenfalls die nächste Aktion zu planen. Dass der Meinungsbildungsprozess mit der veröffentlichten Zustimmung abgeschlossen ist, bedeutet jedoch, dass sich die private und öffentliche Meinung decken. Letztere ist nicht das Ergebnis eines Deliberationsprozesses ausgehend von ersterer. Eine Trennung prä-diskursiver, privater Meinung der jeweils einzelnen Zustimmenden und der von ihnen gemeinsam geteilten post-diskursiven, öffentlichen Meinung existiert auf Grund der nicht-diskursiven Praxis nicht. Ähnlich neuerer Formen politischer Teilhabe (vgl. Bang/Sørensen 1999; Norris 1999; Dalton 2006; Bakardjewa 2012; Amnå/Ekman 2014) muss die öffentliche Meinung als Ausdruck persönlicher Hoffnungen, Überzeugungen, Lebensstile, Bedürfnisse oder individueller Betroffenheit der Zustimmenden verstanden werden. Ein Unterschied zwischen dem, was öffentliche und private Meinung ist, existiert nicht. Die Grenze von Privatheit und Öffentlichkeit verschwimmt mit den Öffentlichkeiten der Spätmoderne.

Zweierlei ist indes besonders hervorzuheben: Erstens bedeutet dies nicht, dass eine solche öffentliche Meinung zwangsläufig je nach Perspektive eine lediglich halb-öffentliche oder halb-private Meinung darstellt, sprich in der Sphäre der Subpolitik (vgl. Beck 1993) verortet werden muss. Sie kann, je nach Umfang der Bestätigungen, das unmittelbare Lebensumfeld der Zustimmenden weit überragen, auch wenn sie lokal verortet ist. Zweitens trifft es zu, dass zunehmend die Individuen selbst (vgl. Konert/Hermanns 2002: 500) aber auch die Medien (vgl. Weiß 2002: 20) darüber entscheiden, was öffentlich und was privat ist. Dies bedeutet freilich nicht, dass die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit mit dem Aufkommen der Spätmoderne verschwunden, aufgehoben oder beliebig geworden ist. Jede Meinung kann veröffentlicht werden, während nicht jede veröffentlichte Meinung den Status einer öffentlichen Meinung erreichen kann, auch nicht mit Hilfe der sozialen Medien oder im digitalen Raum (vgl.

Margetts et al. 2015: 279). Sie bedarf in einem bestimmten Maße der Zustimmung durch andere. Bleibt diese Zustimmung aus, existiert die veröffentlichte Meinung weiterhin als private Äußerung. Die Grenze bleibt bestehen. Ausschließlich im Erfolgsfall wird die veröffentlichte zu einer öffentlichen Meinung und die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit verschwimmt. Während folglich im Rahmen diskursiver Öffentlichkeit die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit selbst das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses sein kann (vgl. Rogg 2003: 131), hängt sie hinsichtlich Öffentlichkeiten in der Spätmoderne an der Zustimmung. Oder anders gesagt: Kommunikationsregeln sind mit Blick auf die Genese aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten der Zustimmung nachgeordnet. In der Folge verschiebt sich der Sinnkomplex aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeit vom Thema in den Bereich der Meinung.

8. Meinungsöffentlichkeiten

Im Rahmen wissenschaftlicher Debatten um die deliberative Demokratie hat in den vergangenen Jahren ein Perspektivwechsel weg von den philosophischen Grundlagen der Öffentlichkeit hin zu den alltäglichen Ausformungen dieser stattgefunden (vgl. Chambers 2009: 329). Im Zuge dieser Entwicklung setzte sich die Überzeugung durch, dass die eine Öffentlichkeit ein theoretisches Konstrukt darstellt, welches in der Empirie nicht anzutreffen ist. Auch theoretisch wurde daher auf viele Öffentlichkeiten umgestellt (vgl. Goodin 2008; Lafont 2015; Bruns/Highfield 2015; Dahlgren 2005: 152). Bei diesen Teilöffentlichkeiten handelt es sich um *issue publics* (vgl. Dalton 2000), unterschiedliche Öffentlichkeiten entlang unterschiedlicher Themen auf unterschiedlichen Ebenen (vgl. Bruns/Highfield 2015: 60 ff.). Die Fragmentierung der Öffentlichkeit in viele Öffentlichkeiten erfolgt folglich entlang von Themen. Dahinter steckt weiterhin die Annahme, dass das Thema den Sinnkomplex einer Öffentlichkeit bildet, welcher gewährleistet, dass die Beteiligten sich, trotz unterschiedlicher Meinungen, aufeinander beziehen (vgl. Luhmann 1970: 13). Die öffentliche Meinung, vorausgesetzt sie wird erzielt, ist wiederum das „Produkt von Kommunikationen aus der Öffentlichkeit“ (Ritzi 2019: 64). Die Privatleute versammeln sich folglich mit ihren unterschiedlichen Meinungen um dieses Thema und streben im Anschluss eine öffentliche Meinung zu diesem an. Für den Meinungsbildungsprozess ist zudem von herausragender Bedeutung, dass das Thema und die individuelle Meinung der Beteiligten zu diesem in der Öffentlichkeit lediglich miteinander verschränkt sind, sich jedoch nicht überlappen (vgl. Luhmann 1970: 7). Nur so kann aus den privaten Meinungen der am Diskurs Beteiligten ein Konsens oder Kompromiss, sprich eine öffentliche Meinung zu einem Thema, erzielt werden. Im Zentrum der Öffentlichkeit steht, so das gängige Verständnis, das Thema, zu dem es unterschiedliche Meinungen gibt, so dass diskurs- und systemtheoretische Interpretationen von Öffentlichkeit diese stets als Themen- oder Problemöffentlichkeit erachten. Im Unterschied hierzu müssen, nach dem oben nachgezeichneten Meinungsbildungsprozess, aktuell praktizierte Formen von Öffentlichkeiten als Meinungsöffentlichkeiten angesehen werden.

In beiden oben skizzierten Fällen liegt unbestreitbar jeweils ein gemeinsames Thema bei den Zustimmungenden vor, bei den *Querdenkern* die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung und bei *Stuttgart 21* das Vorhaben der Deutschen Bahn. Abstrakter formuliert: Meinungen können nicht unabhängig von Themen existieren. Sie beziehen sich stets auf diese. Aber weder bei den *Querdenkern* noch bei *Stuttgart 21* stellt das Thema den Sinnkomplex, das heißt dasjenige, um das sich die Beteiligten versammelt haben, dar. Wäre dies der Fall, müssten innerhalb beider auch Meinungen anzutreffen sein, die etwa die Corona-Maßnahmen für richtig erachten oder den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs gutheißen. Zu beobachten ist hingegen, dass ausschließlich Beteiligte gleicher Meinung anzutreffen sind.

Dieser Umstand ist auf Zustimmung als nicht-diskursive Praxis zurückzuführen. Sie richtet sich stets an eine Meinung zum Thema und nicht an das Thema selbst. Die Privatleute kommen nicht zum Publikum zusammen, um ausgehend von ihren unterschiedlichen Meinungen durch Kritik und Gegenkritik zu einer gemeinsam geteilten Meinung zu gelangen. Vielmehr versammeln sie sich um eine bereits bestehende Meinung, die sie teilen. Liegt keine Meinung vor, sei es alleinig jene, dass das Thema ein Thema darstellt, kann schwerlich eine Zustimmung kommuniziert werden. Es ist folglich eine bereits bestehende Meinung zu einem Thema, welche die Zustimmungenden teilen. In diesem Sinne sollte der Sinnkomplex aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten nicht in einem Thema gesehen werden, sondern in der Meinung zu diesem. Die Fragmentierung erfolgt demzufolge nicht entlang von Themen, sondern den Meinungen zu den Themen. Im Zentrum steht die Meinung zum Thema und nicht das Thema, zu dem eine Meinung vorliegt. Aktuell praktizierte Formen von Öffentlichkeiten entsprechen, idealtypisch betrachtet, daher Meinungsöffentlichkeiten und nicht Themen- oder Problemöffentlichkeiten.

Die Verschiebung von Themen oder Problemen hin zu Meinungen ist keine neue Erkenntnis und wird für gewöhnlich unter den Begriffen Filterblasen oder Echokammern diskutiert. Diese sollen zum Ausdruck bringen, dass es sich bei diesen Öffentlichkeiten nicht um eine Sphäre handelt, in der die Beteiligten mit unterschiedlichen Informationen, Meinungen und Argumenten konfrontiert sind, und somit auch kein Austausch mit Andersdenkenden stattfindet. Vielmehr sind die Beteiligten innerhalb der Filterblasen oder Echokammern ausschließlich von jenen umgeben, die ihre individuelle Meinung teilen und sie in ihrer eigenen Meinung bestärken. Eine Integrationsleistung ist nicht zu beobachten. Filterblasen und Echokammern können daher nicht im Sinne eines „radikal-demokratischen Pluralismus“ (Reckwitz 2017: 268) begriffen werden, sondern stellen eine Gefahr für die Integration der Gemeinschaft dar (vgl. Ritzi 2019: 73; Ingold 2017: 511). Entgegen dieser Form der Fragmentierung sei jene entlang von Themen zu begrüßen, weil mit der geringeren Größe der Teilöffentlichkeiten eine qualitative Steigerung der Deliberation und in der Folge der Integrationsleistung dieser Öffentlichkeiten vermutet wird.

Eine andere, neue Sichtweise, erstens, auf die Ursachen und, zweitens, auf die Integrationsleistung von Filterblasen und Echokammern bietet sich an, wenn diese als Meinungsöffentlichkeiten verstanden werden. Erstens legt sie nahe, dass Filterblasen

oder Echokammern auch in ihrer Genese unabhängig von sozialen Medien gedacht werden können. Die Ursache für die Verschiebung vom Thema oder Problem hin zur Meinung ist in erster Linie im Primat der Meinung in der Spätmoderne zu sehen und nicht in der Durchdringung des heutigen Alltags mit sozialen Medien, ihren Algorithmen oder den Medienkompetenzen der Nutzer:innen. Filterblasen und Echokammern sind folglich eine Begleiterscheinung der Spätmoderne. Zweitens ist zutreffend, dass in Meinungsöffentlichkeiten Zustimmende ausschließlich von anderen umgeben sind, die ihre Meinung teilen und bestätigen. Sie können diese derweil aus ganz unterschiedlichen Gründen und Begründungstypen teilen. Weder müssen sich die Gründe noch die Begründungstypen der Zustimmenden, warum sie diese Meinung vertreten oder warum sie ihre Bestätigung zum Ausdruck gebracht haben, zwangsläufig decken. Beide, sowohl die Gründe als auch die Begründungstypen, können sich widersprechen, wie am Beispiel der *Querdenker* und *Stuttgart 21* zu beobachten ist. Dieses Phänomen wird in der Forschung zu neueren politischen Bewegungen durch die Vagheit der vertretenen Meinung begründet (vgl. Bennett 2012: 744). „We are the 99%“, das Motto der *Occupy-Wallstreet*-Bewegung aus dem Jahre 2011, ist, so die Argumentation, dermaßen vage, dass der Slogan aus diametral unterschiedlichen Gründen geteilt werden kann. Diese Argumentation leuchtet ein, ist jedoch beschränkt auf sehr allgemeingültige Positionen. Fälle, bei denen eine vielfältige Beteiligtenlandschaft eine tendenziell konkretere Meinung vertritt, wie beispielsweise bei *Stuttgart 21*, kann sie nicht erklären. Der hier vorgeschlagene Idealtypus ist sowohl mit Blick auf vage als auch konkretere Meinungen ergiebiger. Im Rahmen von Meinungsöffentlichkeiten kann die vertretene Meinung emotional, rational, ästhetisch, religiös, spirituell, ökologisch, ökonomisch oder anderweitig begründet sein, weil die Begründung der Meinung nachgeordnet ist. Der Homogenität der Meinung in Meinungsöffentlichkeiten steht damit eine immense Vielfalt an Gründen und Begründungstypen gegenüber, so dass auch in Meinungsöffentlichkeiten die Beteiligten auf Andersdenkende treffen. Meinungsöffentlichkeiten konstituieren sich gewiss entlang von Meinungen, sind jedoch deswegen nicht bar jeder Integrationsleistung. Diese besteht im Gegensatz zu Themen- oder Problemöffentlichkeiten nicht darin, über unterschiedliche Meinungen hinweg, sondern trotz unterschiedlicher Gründe und Begründungstypen zu integrieren. Die Konzepte Filterblasen und Echokammern verkennen dies. Es trifft zu, dass sich diese Integrationsleistung auf die jeweilige Meinungsöffentlichkeit beschränkt. Doch das gilt ebenso für Teilöffentlichkeiten in Form von *issue publics*. Sie integrieren nicht über unterschiedliche Themen hinweg. Mit der Umschreibung aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten als Filterblasen oder Echokammern wird daher die Integrationsleistung von Meinungsöffentlichkeiten verkannt. Der hier vorgeschlagene Idealtypus zeichnet ein differenziertes Bild, das in den Debatten um Filterblasen oder Echokammern bis jetzt keine Beachtung gefunden hat. Ungeachtet ihrer Integrationsleistung befördern Meinungsöffentlichkeiten jedoch den Protest.

9. Meinungsöffentlichkeiten und Protest

Weiter oben wurde davon ausgegangen, dass der Meinungsbildungsprozess dem Protest vorausgeht. Mit Blick auf Meinungsöffentlichkeiten stellt sich infolgedessen zum Schluss die Frage, in welchem Verhältnis Meinungsöffentlichkeiten und Proteste zueinander stehen. Meinungen zu einem Thema stehen zueinander in Konkurrenz um Kenntnisnahme. Diese Konkurrenz wird von Themen- oder Problemöffentlichkeiten auf der Grundlage des besseren Arguments innerhalb der jeweiligen Öffentlichkeiten selbst ausgetragen. Meinungsöffentlichkeiten vertreten hingegen eine Meinung zu einem Thema, die nicht-diskursiv zustande gekommen ist. Eine Filterung der Meinungen zum Thema findet, mit anderen Worten, mit den Meinungsöffentlichkeiten weniger statt. Eher verlagert sich mit ihnen die Konkurrenz um Kenntnisnahme der unterschiedlichen Meinungen zu einem Thema nach außen und gewinnt insbesondere dann an Intensität, wenn sich mehrere Meinungsöffentlichkeiten um dasselbe Thema gebildet haben. Nicht mehr die Kenntnisnahme steht im Fokus, sondern die Deutungshoheit bezüglich des Themas. Eine zunehmend aufmerksamkeitsorientierte Praxis beginnt sich einzustellen. Meinungsöffentlichkeiten müssen sich, wie es Bauman (1995: 20) für Kollektive in der Spätmoderne formuliert, bei der Generierung von Aufmerksamkeit überbieten. Es wird zum gezieltem Konsum(-verzicht) (vgl. Nolte 2005: 132), der Störung des Alltags oder zu Versammlungen, sprich Protest in unterschiedlichen Ausprägungen, aufgerufen, um über die Meinungsöffentlichkeit hinaus für die vertretene Meinung Aufmerksamkeit zu gewinnen.⁵ Von einer Ökonomie der Aufmerksamkeit (vgl. Franck 1998) ist das noch weit entfernt, gleichwohl besteht für Meinungsöffentlichkeiten ein *Kampf um Aufmerksamkeit* (Nolte 2005) als knappe Ressource, was Proteste wahrscheinlicher macht.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass mit der Kulturalisierung im Rahmen der Logik der Singularitäten Akteure auf Grundlage ihrer individuellen Meinung, die sie gleichwohl miteinander teilen, zusammenkommen und um diese Meinung eine Öffentlichkeit bilden. Der Sinnkomplex aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten verschiebt sich infolgedessen vom Thema hin zur Meinung. Öffentlichkeiten in der Spätmoderne müssen daher idealtypisch als Meinungsöffentlichkeiten verstanden werden. Die öffentliche Meinung, welche eine Meinungsöffentlichkeit nach außen vertritt, entspricht dabei der je individuellen Meinung der Zustimmungenden, sodass innerhalb von Meinungsöffentlichkeiten die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit verschwimmt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass mit ihnen diese Grenze grundsätzlich verschwindet oder beliebig wird.

Der hier entworfene Idealtypus wirft darüber hinaus ein neues Licht auf die Debatten zu Filterblasen und Echokammern. Meinungsöffentlichkeiten können als Filterblasen

5 Bereits in den 1970er Jahren hat Niklas Luhmann (1970: 11) darauf hingewiesen, dass Themen- oder Problemöffentlichkeiten in Konkurrenz miteinander um Kenntnisnahme stehen und rückte damit Aufmerksamkeit in Verbindung mit Öffentlichkeit in den Fokus. Auf Grund der Dominanz diskursiver Ansätze fand diese Einsicht wenig Beachtung (vgl. Hahn 2001: 52 ff.). Das normative Ideal eines herrschaftsfreien Diskurses ist schwerlich mit aufmerksamkeitsorientierter Praxis zu vereinen.

oder Echokammern interpretiert werden, wenn ausschließlich auf die vertretene Meinung geschaut wird. Werden hingegen die Gründe und Begründungstypen in den Blick genommen, zeigt sich eine immense Vielfalt, die auch widersprüchliche Gründe in ein und derselben Meinungsöffentlichkeit umfasst. Hierin ist die Integrationsleistung von Meinungsöffentlichkeiten zu sehen, weshalb die Beschreibung aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten als Filterblasen oder Echokammern nicht differenziert genug ausfällt. Diese Integrationsleistung beschränkt sich jedoch auf die jeweilige Meinungsöffentlichkeit. Nach außen hin stehen Meinungsöffentlichkeiten in Konkurrenz miteinander um Kenntnissnahme, insbesondere wenn sie sich um unterschiedliche Meinungen zum gleichen Thema gebildet haben. Öffentlichkeiten in der Spätmoderne verfolgen daher eine aufmerksamkeitsorientierte Praxis und befördern hierdurch den Protest.

Insgesamt weist der Idealtypus aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten damit weit über einen Strukturwandel der Öffentlichkeit hinaus. Der Habermas'sche Strukturwandel beschreibt in erster Linie eine Geschichte über die Verdrängung der Bürger:innen aus dem Zentrum der Öffentlichkeit durch Verbände oder Parteien (vgl. Habermas 1990: 267) mit negativen Auswirkungen auf den Diskurs als Kommunikationsweise der Öffentlichkeit. Von diesen Veränderungen bleibt indes die Orientierung der Öffentlichkeit an Themen unberührt, sie bilden weiterhin den Sinnkomplex. Das gilt für Meinungsöffentlichkeiten nicht mehr. Sowohl der Sinnkomplex als auch der Meinungsbildungsprozess wandeln sich grundlegend. Mit dem Begriff ‚Strukturwandel‘ ist daher die Verschiebung von Diskurs auf Zustimmung als nicht-diskursive Praxis sowie von Thema auf Meinung und die sich hieraus ergebenden Folgen unzureichend beschrieben. Die durch den hier entworfenen Idealtypus nahegelegte, grundsätzliche Neuausrichtung aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten auf Meinungen spricht vielmehr für einen drastischen Formwandel.

Der Idealtypus impliziert nicht, dass es in der Spätmoderne keine diskursiven Öffentlichkeiten mehr gibt. Diese waren weder theoretische Fiktion noch sind sie heute ausgestorben. Auch in der Spätmoderne werden sie praktiziert. Es bedeutet jedoch, dass sich in der Spätmoderne neue Formen etabliert haben, die mit diskursiven Ansätzen nicht zu fassen sind und idealtypisch Charakteristika von Meinungsöffentlichkeiten aufweisen. Hierfür wurden die Beispiele *Querdenker* und *Stuttgart 21* genauer betrachtet. Der Idealtypus trägt jedoch ebenso zum Verstehen und Erklären so unterschiedlicher Phänomene wie *#metoo*, *Black Lives Matter*, *PEGIDA* oder auch, mit Abstrichen, *Fridays for Future* bei, wobei stets in Erinnerung gerufen werden muss, dass es sich beim Idealtypus nicht um ein genaues Abbild der Einzelercheinungen handelt.

Dass der hier vorgeschlagene Idealtypus solch ein breites Spektrum abdeckt, liegt in der Natur des Idealtypus, impliziert derweil nicht, dass das Streben nach einem demokratischen und nachhaltigen Zusammenleben in Vielfalt auch mit Blick auf zukünftige Generationen aus normativer Sicht mit rechtsnationalistischen, menschenverachtenden oder verschwörungstheoretischen Bestrebungen gleichzusetzen ist. Darüber trifft ein Idealtypus an sich keine Aussage.

10. Schluss

Viele Fragen bleiben offen, von denen einige zum Schluss kurz behandelt werden sollen. Welche Rolle spielen soziale Medien? Der hier vorgeschlagene Idealtypus aktuell praktizierter Formen von Öffentlichkeiten kommt ohne Rückgriff auf soziale Medien aus. Ohne Bedeutung für Meinungsöffentlichkeiten sind sie jedoch nicht. Zunächst einmal befördern sie den Zustand „kommunikativer Fülle“ (Ercan et al. 2019), indem sie gegenüber klassischen Medien die Veröffentlichung einer Meinung erleichtern. Der Pool an zur Verfügung stehenden Meinungen, aus denen ausgewählt werden kann, erweitert sich. Zweitens bieten sie etwa durch *Like-Buttons* äußerst niedrigschwellige Möglichkeiten der Zustimmung an. Zustimmung als nicht-diskursive Praxis wird befördert. Und drittens bringen sie Personen zusammen, „die sonst nicht zusammenkämen und erzeug[en] dadurch adressierbare Räume, die andere Medien nicht in dieser Geschmeidigkeit herstellen können“ (Nassehi 2019: 301). Sie steigern die Chance, dass eine Meinung, sei sie noch so abwegig, Zustimmung erfährt und ermöglichen für den Fall, dass sich eine Meinungsöffentlichkeit bildet, eine zeit- und ortsunabhängige Kommunikation innerhalb dieser Öffentlichkeit.

Was wird aber innerhalb von Meinungsöffentlichkeiten kommuniziert, wenn die Meinung bereits feststeht und es keinen Bedarf gibt, die Gründe miteinander in Übereinstimmung zu bringen? Vor dem Hintergrund, dass der Idealtypus eine aufmerksamkeitsorientierte Praxis von Meinungsöffentlichkeiten nahelegt, kann davon ausgegangen werden, dass die interne Kommunikation in erster Linie die Organisation der nächsten Aktion, des nächsten Happenings betrifft, sprich, was als nächstes zu unternehmen ist, um Aufmerksamkeit zu generieren. Ebenso kann davon ausgegangen werden, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil der Kommunikation darin bestehen wird, dass sich die Zustimmenden, etwa durch Bereitstellung entsprechender Informationen, seien sie wahr oder falsch, gegenseitig in ihrer Meinung bestärken und über die Richtigkeit der vertretenen Meinung vergewissern.

Und zu guter Letzt, was bedeutet der oben angesprochene Formwandel demokratietheoretisch? Erstens deutet der Formwandel eine Entwicklung weg von der „audience democracy“ (Manin 1997), die sich im Zuge der Mediatisierung der Politik einstellte, hin zu einer tendenziell direkteren Form von Demokratie an. Die Beteiligten an den Meinungsöffentlichkeiten sind nicht nur ein Publikum, das darauf reagiert, was auf der politischen Bühne passiert, wie im Falle der *Querdenker*, oder auch nicht passiert, wie im Falle von *Fridays for Future*. Vielmehr sind sie aktive Bürger:innen, die jenseits von Wahlen sich fallweise an das politische System, einzelne Unternehmen, Institutionen oder andere Gruppierungen wenden. Mit Blick auf das politische System rückt hierdurch, zweitens, wieder die *input*-Legitimation mehr in den Fokus. Im Abschnitt 4 „Diskursive Öffentlichkeit und die Logik des Allgemeinen“ wurde dargelegt, dass Habermas das Konzept der Öffentlichkeit einführt, um die *input*-Legitimation des politischen Systems über Wahlen hinaus zu stärken. Dieser Effekt setzt mit den Meinungsöffentlichkeiten zumindest teilweise ein. Die Zustimmenden sind davon überzeugt, dass sie eine Meinung

vertreten, die sie legitimerweise an das politische System weiterreichen können, welches die Meinung aufnehmen und entsprechend umsetzen sollte. Das politische System und seine Institutionen werden in Folge des Formwandels zunehmend als administrative Macht erachtet. Drittens entsteht in der diskursiven Öffentlichkeit die *input*-Legitimation durch das Verfahren der Deliberation. Für die Zustimmenden einer Meinungsöffentlichkeit ist hingegen ihre Meinung einerseits legitim, weil es ihre Meinung ist. Wie weiter oben geschrieben, nehmen Meinungen im Zuge der Kulturalisierung in der Spätmoderne eine transzendente Position ein. Andererseits wird die Meinung als legitim erachtet, weil es noch andere gibt, die dieselbe Meinung teilen. Je größer die Menge an Zustimmungen ist, desto gewisser sind sich die Beteiligten über die Legitimität ihrer Meinung. Im Zuge des Formwandels verliert Legitimation durch Verfahren im modernen Sinne zumindest für die Beteiligten an einer Meinungsöffentlichkeit an Bedeutung. Und viertens bedeutet dieser Formwandel für die Demokratie als politisches Ordnungsprinzip vermehrt öffentlich ausgetragene Konflikte ohne die Aussicht auf Versöhnung. Das ist aus deliberativer Sicht wenig begrüßenswert, streben doch deliberative Ansätze auf Grund ihrer Verankerung in aufklärerisch-modernen Denktraditionen stets danach, Konflikte, die „ambivalente Natur des menschlichen Zusammenlebens“ (Rzepka/Straßenberger 2014: 222), durch Rationalität in Konsens aufzulösen. Mit der Logik der Singularitäten findet das Projekt der Moderne derweil sein vorläufiges Ende. Das lässt, wie es Reckwitz (2017: 442) formuliert, „Vorstellungen einer rationalen Ordnung, einer egalitären Gesellschaft, einer homogenen Kultur und einer balancierten Persönlichkeitsstruktur, wie sie manche noch hegen mögen, damit als das erscheinen, was sie sind: pure Nostalgie“.

Anything goes also? Mitnichten. Wollen aktuell praktizierte Formen von Öffentlichkeiten in der Spätmoderne demokratisch, gar emanzipatorisch sein, muss ihnen „ein Motiv konstanter Infragestellung der eigenen Praxis eingeschrieben [sein] ...: Welches ‚wir‘ konstituieren wir? Für wen sprechen wir? Wer ist dabei, wer fehlt, wer wurde vergessen, wer wurde ausgeschlossen, wer will aus welchen Gründen womöglich nicht dabei sein?“ (Marchart 2019: 362). Fragen, welche sich die *Querdenkerbewegung* weder selbst stellt noch sich stellen lässt. Für sie gilt einzig das Primat der eigenen Meinung.

Literatur

- Amnå, Erik / Ekman, Joakim, 2014: Standby citizens: diverse faces of political passivity. In: *European Political Science Review* 6 (2), 261–281. <https://doi.org/10.1017/S175577391300009X>
- Bakardjieva, Maria, 2012: Mundane Citizenship: New Media and Civil Society in Bulgaria. In: *Europe-Asia Studies* 64 (8), 1356–1374. <https://doi.org/10.1080/09668136.2012.712247>
- Bang, Henrik P. / Sørensen, Eva, 1999: The Everyday Maker: A New Challenge to Democratic Governance. In: *Administrative Theory & Praxis* 21 (3), 325–341. <https://doi.org/10.1080/10841806.1999.11643381>

- Bauman, Zygmunt, 1994: *Postmodern ethics*, Oxford / Cambridge, MA.
- Bauman, Zygmunt, 1995: *Ansichten der Postmoderne*, Hamburg / Berlin.
- Beck, Ulrich, 1993: *Die Erfindung des Politischen: zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt (Main).
- Bennett, W. Lance / Segerberg, Alexandra, 2012: The logic of connective action: Digital media and the personalization of contentious politics. In: *Information, Communication & Society* 15 (5), 739–768. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2012.670661>
- Blühdorn, Ingolfur, 2013: *Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin.
- Bohman, James, 1995: Public Reason and Cultural Pluralism: Political Liberalism and the Problem of Moral Conflict. In: *Political Theory* 23 (2), 253–279. <https://doi.org/10.1177/0090591795023002004>
- Bohman, James, 1996: *Public deliberation: pluralism, complexity, and democracy*, Cambridge, MA.
- Bruns, Axel / Highfield, Tim: 2015: Is Habermas on Twitter? Social Media and the Public Sphere. In: Axel Bruns / Gunn Enli / Eli Skogerbø / Anders Olof Larsson / Christian Christensen (Hg.), *The Routledge Companion to Social Media and Politics*, New York, 56–72. <https://doi.org/10.4324/9781315716299-5>
- Chambers, Simone, 2003: Deliberative Democratic Theory. In: *Annual Review of Political Science* 6 (1), 307–326.
- Chambers, Simone, 2009: Rhetoric and the Public Sphere: Has Deliberative Democracy Abandoned Mass Democracy? In: *Political Theory* 37 (3), 323–350. <https://doi.org/10.1177/0090591709332336>
- Crouch, Colin, 2004: *Post-democracy*, Malden.
- Dahlgren, Peter, 2005: The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation. In: *Political Communication* 22 (2), 147–162. <https://doi.org/10.1080/10584600590933160>
- Dalton, Russell J., 2000: Citizen Attitudes and Political Behavior. In: *Comparative Political Studies* 33 (6–7), 912–940. <https://doi.org/10.1177/001041400003300609>
- Dalton, Russell J., 2006: *Citizenship Norms and Political Participation in America: The Good News Is ... the Bad News Is Wrong*; <https://content-calpoly-edu.s3.amazonaws.com/politicalscience>, 12.07.2015.
- Dobson, Andrew, 2012: Listening: The New Democratic Deficit. In: *Political Studies* 60 (4), 843–859. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2012.00944.x>
- Docherty, Thomas, 1993: Postmodernism: An Introduction. In: Ders. (Hg.), *Postmodernism: a reader*, New York, 1–31.
- Dryzek, John S., 2005: Deliberative Democracy in Divided Societies: Alternatives to Agonism and Analgesia. In: *Political Theory* 33 (2), 218–242. <https://doi.org/10.1177/0090591704268372>
- Dryzek, John S., 2009: *Deliberative democracy and beyond: liberals, critics, contestations*, Oxford.

- Eagleton, Terry, 1997: Die Illusionen der Postmoderne: ein Essay, Stuttgart. <https://doi.org/10.1007/978-3-476-03712-1>
- Ercan, Selen A. / Hendriks, Carolyn M. / Dryzek, John S., 2019: Public deliberation in an era of communicative plenty. In: *Policy & Politics* 47 (1), 19–36. <https://doi.org/10.1332/030557318X15200933925405>
- Fallahzadeh, Behzad, 2018: Postmoderne Öffentlichkeiten. Der Wandel von der diskursiven Öffentlichkeit der Moderne zu den konnektiven Öffentlichkeiten der Postmoderne. <https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/24233/1/Postmoderne%20öffentlichkeiten.pdf>, 16.09.2022.
- Franck, Georg, 1998: Ökonomie der Aufmerksamkeit: ein Entwurf, München.
- Frei, Nadine / Schäfer, Robert / Nachtwey, Oliver, 2021: Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen: Eine soziologische Annäherung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34 (2), 249–258. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0021>
- Gaus, Daniel, 2016: Discourse theory's sociological claim: Reconstructing the epistemic meaning of democracy as a deliberative system. In: *Philosophy & Social Criticism* 42 (6), 503–525. <https://doi.org/10.1177/0191453714567733>
- Gerhardt, Uta, 2001: Idealtypus: zur methodologischen Begründung der modernen Soziologie, Frankfurt (Main).
- Giddens, Anthony, 1997: Jenseits von Links und Rechts: die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt (Main).
- Goodin, Robert E., 2008: *Innovating democracy: democratic theory and practice after the deliberative turn*, Oxford / New York. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199547944.001.0001>
- Gutmann, Amy / Thompsan, Dennis F., 1996: *Democracy and disagreement*, Cambridge, MA.
- Habermas, Jürgen, 1987a: *Theorie des kommunikativen Handelns: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Band 1. 4. Durchgesehene Auflage, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen 1987b: *Theorie des kommunikativen Handelns: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. 4. Durchgesehene Auflage, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1990: *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 1. Auflage, unveränderter Nachdruck der zuerst 1962 im Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, erschienene Ausgabe, ergänzt um ein Vorwort zur Neuauflage, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 2008: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: Ders. (Hg), *Ach, Europa: kleine politische Schriften XI*, Frankfurt (Main), 138–191.
- Hahn, Alois, 2001: Aufmerksamkeit. In: Aleida Assmann / Jan Assmann (Hg.), *Aufmerksamkeiten*, München, 25–56.

- Hofmann, Jeannette, 2019: Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung. Eine Forschungsperspektive. In: Jeannette Hofmann / Norbert Kersting / Claudia Ritzi / Wolf J. Schünemann (Hg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft: zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven*, Bielefeld, 27–45. <https://doi.org/10.1515/9783839448649-002>
- Huysen, Andreas / Scherpe, Klaus R., 1997: Einleitung. In: Dies. (Hg.), *Postmoderne: Zeichen eines kulturellen Wandels*, Reinbek bei Hamburg, 7–12.
- Inglehart, Ronald, 1997: *Modernization and postmodernization: cultural, economic, and political change in 43 societies*, Princeton. <https://doi.org/10.1515/9780691214429>
- Ingold, Albert, 2017: Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten. In: *Der Staat* (56), 491–533. <https://doi.org/10.3790/staa.56.4.491>
- Jánoska-Bendl, Judith, 1965: *Methodologische Aspekte des Idealtypus: Max Weber und die Soziologie der Geschichte*, Berlin.
- Joas, Hans, 1986: Die unglückliche Ehe von Hermeneutik und Funktionalismus. In: Axel Honneth / Hans Joas (Hg.), *Kommunikatives Handeln: Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“*, Frankfurt (Main), 144–176.
- Jones, Peter / O'Flynn, Ian: 2013. Can a compromise be fair? In: *Politics, Philosophy & Economics* 12 (2), 115–135. <https://doi.org/10.1177/1470594X12447773>
- Kaesler, Dirk, 1995: *Max Weber: eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung*, Frankfurt (Main).
- Kantner, Cathleen / Tietz, Udo, 2003: Dialektik, Dialog und Institutionenkritik. Zum Institutionenverständnis der Kritischen Theorie. In: Lennart Laberenz (Hg.), *Schöne neue Öffentlichkeit: Beiträge zu Jürgen Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“*, Hamburg, 105–129.
- King, Christopher S., 2013: Economic theories of democratic legitimacy and the normative role of an ideal consensus. In: *Politics, Philosophy & Economics* 12 (2), 156–178. <https://doi.org/10.1177/1470594X12460636>
- Kocka, Jürgen, 2000: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Manfred Hildermeier / Jürgen Kocka / Christoph Conrad (Hg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West: Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt (Main), 13–40.
- Konert, Bertram / Hermanns, Dirk, 2002: Der private Mensch in der Netzwelt. In: Ralph Weiß / Jo Groebel (Hg.), *Privatheit im öffentlichen Raum: Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung*, Opladen, 415–505. https://doi.org/10.1007/978-3-663-11146-7_7
- König, Pascal, 2014: Menschliche Potentiale und Hindernisse für demokratische Deliberation. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 5 (2), 170–196. <https://doi.org/10.3224/zpth.v5i2.17120>
- Kopp-Marx, Michaela, 2005: *Zwischen Petrarca und Madonna: der Roman der Postmoderne*, München.
- Lafont, Cristina, 2015: Deliberation, Participation, and Democratic Legitimacy: Should Deliberative Mini-publics Shape Public Policy? In: *Journal of Political Philosophy* 23 (1), 40–63. <https://doi.org/10.1111/jopp.12031>

- Luhmann, Niklas, 1970: Öffentliche Meinung. In: Politische Vierteljahresschrift 11 (1), 2–28.
- Luhmann, Niklas, 1984: Soziale Systeme: Grundriss einer allgemeinen Theorie, Frankfurt (Main).
- Liotard, Jean-François, 1993: Note on the Meaning of “Post-”. In: Thomas Docherty (Hg.), Postmodernism: a reader, New York.
- Liotard, Jean-François, 1994: Die Moderne redigieren. In: Wolfgang Welsch / Jean Baudrillard (Hg.), Wege aus der Moderne: Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion, Berlin, 204–214. <https://doi.org/10.1515/9783050071374-017>
- Marchart, Oliver, 2010: Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Laclau und Agamben, Berlin.
- Manin, Bernard, 1997: The principles of representative government, Cambridge, MA. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511659935>
- Margetts, Helen Z. / John, Peter / Hale, Scott A. / Reissfelder, Stéphane, 2015: Leadership without Leaders? Starters and Followers in Online Collective Action. In: Political Studies 63 (2), 278–299. <https://doi.org/10.1111/1467-9248.12075>
- Mendelberg, Tali, 2002: The deliberative citizen: theory and evidence. In: Michael X. Delli Carpini, Leonie Huddy / Robert Y. Shapiro (Hg.), Political decision-making, deliberation and participation, Amsterdam, 151–194.
- Meyorwitz, Joshua, 2002: Post-Privacy America. In: Ralph Weiß / Jo Groebel (Hg.), Privatheit im öffentlichen Raum: Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung, Opladen, 153–205. https://doi.org/10.1007/978-3-663-11146-7_4
- Michelsen, Danny / Walter, Franz, 2013: Unpolitische Demokratie: zur Krise der Repräsentation, Berlin.
- Mouffe, Chantal, 2000a: Deliberative democracy or agonistic pluralism; https://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_72.pdf, 25.02.2009.
- Mouffe, Chantal, 2000b: The democratic paradox, London / New York.
- Mouffe, Chantal, 2005: On the political, London / New York.
- Müller-Dohm, Stefan / Neumann-Braun, Klaus, 2006: Demokratie und moralische Führerschaft. Die Funktion praktischer Kritik für den Prozess partizipativer Demokratie. In: Kurt Imhof / Roger Blum / Heinz Bonfadelli / Otfried Jarren (Hg.), Demokratie in der Mediengesellschaft, Wiesbaden, 98–116. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90511-2_6
- Nassehi, Armin, 2019. Muster: Theorie der digitalen Gesellschaft, München. <https://doi.org/10.17104/9783406740251>
- Nassehi, Armin, 2020: Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests, 2. Auflage, Hamburg.
- Neidhardt, Friedhelm, 1994: Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen. In: Ders. (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen, 7–40.
- Nolte, Kristina, 2005: Der Kampf um Aufmerksamkeit: wie Medien, Wirtschaft und Politik um eine knappe Ressource ringen, Frankfurt (Main) / New York.

- Norris, Pippa, 1999: Conclusions: The Growth of Critical Citizens and Its Consequences. In: Dies. (Hg.), *Critical citizens: global support for democratic government*, Oxford, 257–272. <https://doi.org/10.1093/0198295685.003.0013>
- Perlot, Flooh, 2008: *Deliberative Demokratie und Internetforen: Nur eine virtuelle Diskussion?*, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783845210186>
- Peters, Bernhard, 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen, 42–75.
- Plake, Klaus / Jansen, Daniel / Schuhmacher, Birgit, 2001: *Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet: politische Potenziale der Medienentwicklung*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-87339-2>
- Reckwitz, Andreas, 2017: *Die Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21050-2_2
- Ritzi, Claudia, 2014: *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit: Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01469-8>
- Ritzi, Claudia, 2019: Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: Jeannette Hofmann / Norbert Kersting / Claudia Ritzi / Wolf J. Schünemann (Hg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft: zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven*, Bielefeld, 61–82. <https://doi.org/10.1515/9783839448649-004>
- Rogg, Arne, 2003: *Demokratie und Internet: der Einfluss von computervermittelter Kommunikation auf Macht, Repräsentation, Legitimation und Öffentlichkeit*, Opladen. https://doi.org/10.1007/978-3-663-09579-8_6
- Rzepka, Vincent / Straßenberger, Grit, 2014: Für einen konfliktiven Liberalismus. Chantal Mouffes Verteidigung der liberalen Demokratie. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 5 (2), 217–233. <https://doi.org/10.3224/zpht.v5i2.17123>
- Schudson, Michael, 1992: Was There Ever a Public Sphere? If so, When? Reflections on the American Case. In: Craig J. Calhoun (Hg.), *Habermas and the public sphere*, Cambridge, MA, 143–163.
- Schulze, Gerhard, 2005: *Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt (Main) / New York.
- Shapiro, Robert Y., 1999: Enough of Deliberation: Politics Is about Interests and Power. In: Stephen Maceda (Hg.), *Deliberative politics: essays on democracy and disagreement*, New York, 28–38.
- Taylor, Charles, 1986: Sprache und Gesellschaft. In: Axel Honneth / Charles Taylor (Hg.), *Kommunikatives Handeln: Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“*, Frankfurt (Main), 35–52.
- Veith, Hermann, 2001: *Das Selbstverständnis des modernen Menschen: Theorien des vergesellschafteten Individuums im 20. Jahrhundert*, Frankfurt (Main) / New York.
- Weber, Max, 1985: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Johannes Winckelmann (Hg.), *Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen, 146–214.

- Weiß, Ralph, 2002: Vom gewandelten Sinn für das Private. In: Ralph Weiß / Jo Groebel (Hg.), *Privatheit im öffentlichen Raum: Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung*, Opladen, 27–87. https://doi.org/10.1007/978-3-663-11146-7_2
- Wellmer, Albrecht, 1993: *Zur Dialektik von Moderne und Postmoderne: Vernunftkritik nach Adorno*. 5. Auflage, Frankfurt (Main).
- Wellmer, Albrecht, 1994: *Kunst und industrielle Produktion: Zur Dialektik von Moderne und Postmoderne*. In: Wolfgang Welsch / Jean Baudrillard (Hg.), *Wege aus der Moderne: Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, Berlin, 247–261. <https://doi.org/10.1515/9783050071374-020>
- Welsch, Wolfgang, 1994: *Einleitung*. In: Wolfgang Welsch / Jean Baudrillard (Hg.), *Wege aus der Moderne: Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, Berlin, 1–45. <https://doi.org/10.1515/9783050071374-002>
- Welsch, Wolfgang, 2008: *Unsere postmoderne Moderne*. 7. Auflage, Berlin. <https://doi.org/10.1524/9783050061627>
- Young, Iris M., 1990: *Justice and the politics of difference*, Princeton.
- Young, Iris M., 1996: *Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy*. In: Seyla Benhabib (Hg.), *Democracy and difference: contesting the boundaries of the political*, Princeton, 120–135. <https://doi.org/10.1515/9780691234168-007>
- Young, Iris M., 1997: *Difference as a Resource for Democratic Communication*. In: James Bohman / William Rehg (Hg.), *Deliberative democracy: essays on reason and politics*, Cambridge, MA, 383–405.